

**KALVERAMS
QUARTAL**

1- 2022



Liebe*r Leser*in

in "Kalverams Quartal" möchte ich alle drei Monate von meiner Arbeit im Hessischen Landtag berichten.

Natürlich gehen auch am Hessischen Landtag die „großen Themen“ dieser Tage nicht vorbei.

Einer der bewegten Momente war am 24. Februar, dem Tag des russischen Überfalls auf Ukraine, die Rede des ukrainischen Generalkonsuls im Landtag. Ein besonderer Moment war auch meine Rede auf der Veranstaltung der Europaunion vor rund 1000 Menschen vor dem Kasseler Rathaus. Es ist mir persönlich ein großes Bedürfnis für Menschen aus Ukraine zu spenden und auch Kontakt zu geflohenen Frauen aus Ukraine aufzunehmen. Die Schicksale der Ukrainerinnen die zu uns kommen, bewegen mich sehr.

Hessen ist in vielfältiger Form betroffen von der durch den Angriffskrieg Russlands ausgelösten Krise.

Doch auch hier gilt: Die Hessische Landesregierung schimpft vor allem auf Berlin und überlässt die Organisation der Flüchtlinge den Kommunen. Schwarz-Grün ist in Bezug auf "Führung in der Krise übernehmen" einfach ein Totalausfall.

Selbstverständlich ist auch die Corona Pandemie noch nicht vorbei. Wir hätten uns in Hessen strengere Regeln gewünscht. Gerade das verpflichtende Tragen von Masken in Innenräumen, in denen 99% aller Infektionen stattfinden, wäre wichtig gewesen. Dass das Land nichts machen kann, wie der Noch-Ministerpräsident Volker Bouffier in seiner Regierungserklärung behauptet hat, ist schlichtweg falsch. Ein Blick ins Gesetz hilft da weiter. Die Landesregierung hat die Möglichkeit auf steigende Infektionszahlen und die Hospitalisierungsrate zu reagieren. Die Zahlen zeigen, dass Maßnahmen in Hessen sinnvoll wären, aber die Landesregierung zeigt mit dem Finger auf den Bund, obwohl sie als Land den zur Verfügung stehenden Instrumentenkasten nutzen könnte und sollte. Also auch hier gilt, wenn es darum geht Verantwortung zu übernehmen ist Schwarz-Grün ein Totalausfall.



THEMEN IN DIESER AUSGABE

Als Vertreterin des Wahlkreis Kassel-Ost, aber auch als Verantwortliche der SPD-Landtagsfraktion für Kassel habe ich stets ein offenes Ohr für die Anliegen der Kasseler Bürger*innen. Zur Zeit erreichen mich viele Anrufe zum Thema Ukraine und Corona, aber deshalb bleiben andere Themen natürlich nicht liegen. Als Abgeordnete des Hessischen Landtages habe ich unabhängig von den Themen die ich im Haupt- und Haushaltsausschuss bearbeite, das Recht der Anfragemöglichkeiten an die Hessische Landesregierung. Neben den kleinen und großen Anfragen gibt es auch die Möglichkeit des Auskunftersuchen, sowie Budgetanfragen. Das jeweilige Ministerium, an welches die Frage gerichtet ist, ist verpflichtet, diese zu beantworten.

**ZUSAMMEN MIT
TIMON GREMELS MDB
AUF DER ERSTEN KUNDGEBUNG
FÜR DEN
FRIEDEN IN UKRAINE**

Daher finden Sie in diesem Quartalsbericht folgende Themen:

BETREUTES WOHNEN

LÄRMSCHUTZ AUF DER A7

**DIE HESSISCHE GRUNDSTEUER-
REFORM**

**SANITÄRE ANLAGEN AUF DEM
GELÄNDE DER MHK**



Als Mitglied der SPD Fraktion bin ich Teil der Opposition im Hessischen Landtag. Als Landtagsabgeordnete habe ich die gleichen Rechte und Pflichten, die alle Abgeordneten - auch die der Regierungskoalition - besitzen.

Die Opposition hat zur Aufgabe, die Regierung zu kontrollieren, zu kritisieren und die Wähler*innen zu informieren. Ob das Handeln der Regierung im Sinne der Wähler*innen ist, müssen diese dann für sich entscheiden.

Es gibt 3 parlamentarische Mittel, um der Landesregierung auf den Zahn zu fühlen:

- 1) ANTRÄGE, die bei Beschlussfassung im Parlament Regierungshandeln werden müssen. Die Begründung durch Abgeordnete der Regierungskoalition oder Vertreter*innen der Regierung sind dann ein Einblick in deren Handeln
- 2) KLEINE ANFRAGEN, sind kurze Anfragen die durch die jeweiligen Ministerien schriftlich beantwortet werden und einen Einblick in des Regierungshandeln ermöglichen.
- 3) GROßE ANFRAGEN, sind ähnlich wie kleine Anfragen, nur dass diese im Plenum beantwortet werden müssen und wie der Name schon sagt mehr Fragen zulassen.

THEMA: BETREUTES WOHNEN

Ich habe das Anfragerecht, seit ich Abgeordnete bin, schon vielfältig genutzt. Leider ist die Antwort der Landesregierung oft unbefriedigend. So fand beispielsweise beim Thema „Betreutes Wohnen für Senioren“ die Landesregierung, dass der Tod eines Bewohners in einer Anlage des Betreuten Wohnens zwar tragisch sei, aber Standards und Mittel der Rechtssicherheit für Betreutes Wohnen in Hessen nicht geplant seien. Auch statistische Erhebungen zum Betreuten Wohnen sind nicht vorhanden oder geplant. Dies, so die Begründung, läge in der Natur des Betreuten Wohnens als eine Wohnform, die auf der Wahlfreiheit der Einzelnen beruht.

Meiner Meinung nach macht es sich die Landesregierung damit zu einfach.

Der Bedarf am betreuten Wohnen wächst. Das zeigen Modelle aus anderen Bundesländern. Es ist davon auszugehen, dass dies auch in Hessen der Fall ist - die demographischen Entwicklungen unserer Gesellschaft treffen schließlich im gesamten Bundesgebiet zu. Meine Forderung ist also klar:

HESSEN BRAUCHT EINE REGELUNG, IN DER WOHNUNGSSUCHENDE UND ANBIETER VON BETREUTEM WOHNEN NICHT LÄNGER ALLEIN GELASSEN WERDEN.

Dazu benötigt es beispielsweise ein Qualitätssiegel wie es bereits in NRW der Fall ist. Dort treffen sich Vertreter*innen der Ausschüsse, der Landesregierung, der verschiedenen Träger und Bewohnergruppierungen regelmäßig, um die Standards anzupassen und Entwicklungen auszu ta u s c h e n . Wohnungssuchende hätten damit eine Sicherheit, darüber welche Serviceleistungen der Begriff „Betreutes Wohnen“ umfassen muss und welche Leistungen freiwillig hinzugebucht werden können. Dieses wichtige Thema, werde ich selbstverständlich weiterverfolgen.



Thema: Lärmschutz auf der A7

Als mich im letzten Jahr Anwohner*innen anschrieben, um mir zu schildern, wie schlimm die Lärmbelastung durch die A7 ist, habe ich mir vor Ort ein Bild von der Situation gemacht. Der Lärm im Garten, der keine 20 Meter von der Autobahn entfernt liegt, war so laut, dass man sein eigenes Wort nicht verstehen konnten. Gespräche im Garten waren folglich nicht möglich.

Das alles war für mich ein Grund dem Staatsminister für Verkehr Tarek Al-Wazir (Bündnis 90/Die Grünen) einen Brief zu schreiben, um ihm die Situation zu schildern. Die Anwohner*innen erklärten, dass während des Autobahn-Ausbaus und dem damit verbundenen Tempolimit der Lärm ertragbar gewesen sei. Auf meinen Hinweis, dass ein Tempolimit für die nötige Senkung der Lautstärke sorgen könnte, verwies Staatsminister Al-Wazir auf den Bund - er habe mit Autobahnen nichts mehr zu tun.

In diesem Fall kennt Staatsminister Al-Wazir aber offensichtlich seine Kompetenzen nicht - oder aber er hat kein Interesse sich um die Probleme der Anwohner*innen zu kümmern. In Hessen ist für Geschwindigkeitsbegrenzungen auf Autobahnen die Verkehrsbehörde Hessen Mobil zuständig. Diese ist dem Verkehrsministerium und damit Staatsminister Al-Wazir unterstellt. Wenn es um den Ausbau von Lärmschutzwänden ginge, hätte der Staatsminister natürlich recht. Da ist mittlerweile der Bund zuständig. Allerdings habe ich und auch die Anwohner*innen gebeten, ein Tempolimit zu überprüfen.

Da hier folglich bis heute nichts passiert ist, haben mein Kollege Florian Schneider und ich jetzt eine Kleine Anfrage gestellt, in der wir hoffentlich die Zuständigkeiten klären können.

ICH HOFFE, DASS DANN AUCH DIE LANDESVERKEHRSBEHÖRDE ENDLICH HANDELT UND EIN TEMPOLIMIT NEBEN WOHNGEBIETEN AUCH AUF DER A7 EINFÜHRT.



Thema: Grundsteuerreform

Mit dem Beschluss der neuen Grundsteuer im letzten Dezember hat die Landesregierung einen weiteren hessischen Sonderweg beschlossen, den wir als SPD Fraktion kritisieren. Mit den Flächen-Faktor-Verfahren wird in Hessen ab 2025 die neue Grundsteuer erhoben. Das vereinfachte Steuerverfahren wird dafür sorgen, dass die Steuererhebung im Gegensatz zum Modell von Olaf Scholz den tatsächlichen Wert eines Grundstücks und der darauf befindlichen Gebäude und Anlagen nicht zur Grundlage nimmt. Damit besteht die Gefahr, dass Grundstücke mit einem hohen wirtschaftlichen Wert verhältnismäßig weniger besteuert werden als Grundstücke mit einem niedrigeren wirtschaftlichen Wert.

Diesen Sonderweg habe ich in der Landtagsdebatte bereits im Dezember kritisiert. Meine Reden dazu finden Sie auf meiner Homepage.

Seit dem ersten Informationsschreiben der Finanzverwaltung zur Grundsteuer, das an alle Hauseigentümer versendet wurde, erreichen mich viele Fragen zu diesem Thema. So transparent und einfach wie der Finanzminister erklärt hat, ist die Reform nämlich keinesfalls. Wir haben uns daher im Arbeitskreis Haushalt der SPD Fraktion dazu entschieden, die Landesregierung aufzufordern eine Informationskampagne zu starten, um den Betroffenen alle benötigten Informationen zur Verfügung zu stellen. Besonders wichtig ist uns dabei, dass es die Möglichkeit geben muss die Erklärung auch analog abzugeben. Der Minister hat bis heute nicht verstanden, dass es dabei nicht nur ums Können, sondern auch ums Wollen geht.

ES GIBT AUCH IN DER DIGITALEN GESELLSCHAFT EIN RECHT AUF EIN ANALOGES LEBEN.



Ich werde auch häufiger verwundert gefragt: "Sie kochen noch selbst?" Natürlich koche ich - sogar leidenschaftlich gern! Deswegen möchte ich Ihnen passend zu Ostern nicht vorenthalten, was bei mir am Gründonnerstag auf den Tisch kommt:

Kasseler Grüne Soße

Als Klassiker unserer lokalen Küche gibt es viele verschiedene Rezepte - für mein Rezept brauchen Sie:

Für die Soße benötigen Sie:

1 Becher Schmand

3 Becher Saure Sahne

Salz und Pfeffer

10 Eier (m)

Borretsch

Petersilie

Pimpinelle

Sauerampfer

Schnittlauch

Zitronenmelisse

Dill

Als Beilage isst man ganz klassisch Pellkartoffeln dazu.





Für die Soße die Kräuter gut waschen und mit einem Küchenmesser hacken.

Zusammen mit Saurer Sahne und Schmand vermischen und mit Salz und Pfeffer abschmecken.

Währenddessen die Eier hart kochen und nach eigenem Geschmack direkt klassisch in die Soße geben oder zum Essen servieren.



Je nach Lust und Laune können Sie dazu Salz- oder Pellkartoffeln servieren!



Guten Appetit!

Thema: Toiletten auf dem MHK - Gelände

Jeder von uns kennt das vermutlich: Man ist unterwegs und muss ganz dringend auf Toilette. Unangenehm kann das werden, wenn man im Winter im Bergpark oder der Karlsaue, also auf dem Gelände der Museumslandschaft Hessen Kassel (MHK) unterwegs ist. Die Öffentlichen Toiletten dort sind im Winter nämlich geschlossen. Dieses Thema beschäftigt gerade den Seniorenbeirat in Kassel. Es hat aber durchaus nicht nur Bedeutung für Senior*innen, sondern gerade der Bergpark wird als Weltkulturerbe ganzjährig von vielen Touristen besucht. Ich habe das zum Anlass genommen, die Landesregierung zu fragen, warum sie glaubt, dass Besucher des Bergparks im Winter keine Toiletten benötigen. Die Antwort hier steht noch aus.

Das waren nur vier der Themen, die ich in den letzten Wochen bearbeitet habe. Ich habe die Landesregierung unter anderem aber auch nach der Kostenübernahme der Schülerbeförderung bei Förderschulbesuchen gefragt und gemeinsam mit meinen Kollegen aus dem Landkreis eine Anfrage zur Entwicklung der Polizei in Stadt und Landkreis Kassel gestellt.

Jetzt wünsche ich Ihnen aber zunächst ein paar entspannte Osterfeiertag.

Ihre Esther Kalveram



Impressum

Wenn Ihnen jetzt spontan etwas einfällt, was Sie schon immer mit der Landesregierung klären wollten, setzen Sie sich doch einfach mit meinem Büro in Verbindung. Vielleicht gelingt es uns ja gemeinsam das Problem zu lösen.

Sie erreichen uns jederzeit



info@esther-kalveram.de

oder werktags



0561 - 7001054

Für regelmäßigere Updates folgen Sie mir gerne auf



EstherKalveramMdL

Wahlkreisbüro Kassel-Ost
Esther Kalveram, MdL
Humboldtstr. 8A
34117 Kassel

**ICH WÜNSCHE IHNEN
FROHE OSTERN!**

